

Presseausendung

Rechnungsabschluss 2016: Sozialausgaben erneut gesunken

Wohnbauförderung mit Überschüssen von mehreren 10 Mio. Euro – Armutskonferenz fordert deutliche Ausweitung der Wohnbeihilfe statt Kapitalaufstockung bei der Hypo-Bank mit Geldern aus der Wohnbauförderung

Ausgaben für Soziales (inkl. Wohnbauförderung) 2016 auf dem Stand von 2009

Die Vorarlberger Armutskonferenz hat den Rechnungsabschluss 2016 der Landesregierung eingehend analysiert und mit den Zahlen der Vorjahre verglichen.¹ Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass die **Aussage der Landesregierung** in ihrer Pressevorlage vom 06.06.17 zum Rechnungsabschluss 2016 **falsch** ist, **die Ausgaben „im Sozialen (inkl. Wohnbauförderung)“ gehörten zu „jenen Bereichen, die die höchste Ausgabendynamik zu verzeichnen haben** (S. 3).

Bei den Ausgaben für „Soziales (inkl. Wohnbauförderung)“ wurde **2016** nicht nur der Haushaltsvoranschlag um 16,5 Mio. Euro unterschritten. Sie lagen zudem **7,5 Mio. Euro unter den Ausgaben des Vorjahres**. Das ist auch **kein Ausnahmefall**. In den Jahren seit 2007 gab es lediglich 5 Jahre, in denen die Ausgaben dieses Budgetpostens nicht gesunken sind: im Jahr 2015, in dem die starke Flüchtlingszuwanderung zu verzeichnen war, und in den Jahren **2009 bis 2012**, in denen die Landesregierung als Gegenmaßnahme gegen die wirtschaftlichen Folgen des Finanzcrashs 2008 ein **Konjunkturprogramm** auflegte und **mit Geldern aus der Wohnbauförderung** unter Aufhebung sämtlicher Einkommensgrenzen Wohnhaussanierungen förderte. „Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden“, kommentiert der Sprecher der Armutskonferenz Michael Diettrich. **„Aber wenn man schon von der Dynamik der Sozialausgaben spricht, sollte man seriöser Weise auch darauf hinweisen, dass die größte im letzten Jahrzehnt festzustellende Dynamik aus einer Wirtschaftsförderung resultiert.“**

Fakt sei, so Diettrich, dass die **Sozialausgaben des Jahres 2016 inflationsbereinigt exakt auf dem gleichen Niveau waren wie 2009** und sogar leicht unter dem von 2006 (s. angefügte Aufstellung). Als völligen Unsinn bezeichnet der Sprecher der Armutskonferenz auch die ständig wiederkehrende Behauptung, die Ausgaben im „Sozialen (inkl. Wohnbauförderung)“ nähmen einen stetig wachsenden Anteil am Gesamtbudget des Landes ein. In den letzten drei Jahren lag dieser Anteil so niedrig wie selten seit 1998. Nur im Jahr 2008 war er noch niedriger.

Ausgabenumschichtungen: Zuwachs in der Sozialen Wohlfahrt, aber Wohnbauförderung sinkt...

Dabei sind die teils **starken Zuwächse** im Teilbereich **Soziale Wohlfahrt** (2016: 191 Mio. Euro), im **Sozialfonds** (einschl. Gemeinde- und Bundesanteil 2016: 350,4 Mio. Euro) und der **Mindestsicherung** (2016: 38,5 Mio. Euro) nicht von der Hand zu weisen. Allerdings sind das keine Erscheinungen der letzten Jahre und auch teilweise der Flüchtlingszuwanderung zuzuschreiben. In der Gesamtschau zeigt sich ein deutlicher **Zusammenhang mit der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung nach der Finanzkrise**.

Ausgeglichen wurden diese Steigerungen allerdings durch **Einsparungen bei der Wohnbauförderung: 2016** lagen die Ausgaben des Landes für Wohnbauförderung (132,2 Mio.

¹ Vorjahre sind dokumentiert in der Studie der Vorarlberger Armutskonferenz, Entwicklung der österreichischen Sozialausgaben zwischen 1995 und 2015 und der Vorarlberger Ausgaben im Bereich Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung zwischen 1998 und 2015, 28.11. 2016 (nachzulesen [hier](#)).

Euro) in etwa **auf dem gleichen Niveau wie 2003** – ohne Berücksichtigung der Inflation! „Hier hat es eindeutig budgetäre Umschichtungen gegeben, die mit einer fatalen Vernachlässigung der Wohnbauförderung einhergingen. Man kann an diesen Zahlen die **falsche Schwerpunktsetzung in der Wohnbaupolitik** ablesen – insbesondere die **Vernachlässigung des gemeinnützigen, leistbaren Wohnbaus**“, kommentiert Diettrich. Das **Resultat** sind die um sich greifende **Wohnungsnot**, die für Menschen mit geringem Einkommen **nicht mehr bezahlbaren Mieten** und teilweise auch die **gestiegenen Ausgaben im Bereich der Sozialen Wohlfahrt**: So führten die hohen Mieten direkt zu **Kostensteigerungen** beim Wohnbedarf in der **Mindestsicherung**.

Im Gegensatz dazu weist die **Wohnbeihilfe** als Unterstützungsleistung für Menschen mit niedrigem (eigenen) Einkommen seit 2010 **überraschend wenig Zuwachs** auf. Das Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen (IIBW) interpretiert diese Entwicklung so: Man könne davon ausgehen, dass mittlerweile **eine ganze Reihe ehemaliger WohnbeihilfebezieherInnen in der Mindestsicherung gelandet** sind und kostenmäßig in der Sozialen Wohlfahrt zu Buche schlagen.² „Dies würde bedeuten, **dass die Wohnbeihilfe ihre armutspräventive Funktion nicht mehr erfüllt**,“ ergänzt Diettrich.

... Einnahmeüberschuss der Wohnbauförderung steigt

Nicht nachzuvollziehen ist diese Politik der Landesregierung vor dem Hintergrund, dass der Posten **Wohnbauförderung im Landeshaushalt seit Jahren mehr Einnahmen als Ausgaben aufweist**. 2015 betrug der Überschuss knapp 37 Mio., 2016 sogar gut 44 Mio. Euro. Das ist jedoch nicht alles: Der Budgetposten Wohnbauförderung im Landeshaushalt finanziert sich seit dem **Wegfall der Zweckbindung der Wohnbaufördermittel des Bundes** (Wohnbauförderungsabgabe auf die Erwerbseinkommen) ausschließlich aus zurückfließenden Förderdarlehen. Die nicht mehr zweckgebundenen **Bundesmittle in Höhe von 30 bis 35 Mi. Euro** werden hingegen an anderer Stelle im Landesbudget als Ertragsanteile verbucht und nicht mehr der Wohnbauförderung zugerechnet. Das ist zwar rechtlich nicht zu beanstanden, aber de facto bedeutet das, dass das **Land im Wohnbau 2016 75 bis 80 Mio. Euro mehr eingenommen als ausgegeben** hat – mehr als Wohnbeihilfe und Mindestsicherung zusammen gekostet haben (2016: 68 Mio. Euro)! Der Armutskonferenz ist bekannt, dass es weitere rund 40 Mio. Euro ursprünglich zweckgebundener Mittel gibt, die sie allerdings nicht definitiv zuordnen kann. Das würde bedeuten, dass 2016 ein Einnahmeüberschuss des Landes im Bereich des Wohnbaus von weit über 100 Mio. Euro bestanden hätte, der nicht in die Wohnbauförderung zurückgeflossen ist!

Vor diesem Hintergrund hält es die Vorarlberger Armutskonferenz für einen Skandal, dass nun **aus Mitteln der Wohnbauförderung die Kapitalaufstockung der Hypo-Bank Vorarlberg** in Höhe von 100 Mio. Euro finanziert werden soll. „**Wir verlangen stattdessen eine Kapitalaufstockung für Haushalte mit niedrigem Einkommen**“, fordert der Sprecher der Armutskonferenz und ergänzt: „Wenn die Landesregierung schon bei der Schaffung leistbaren Wohnraumes versagt hat, ist eine **deutliche Erhöhung der Wohnbeihilfe** das Mindeste, was man erwarten kann. Damit würden Menschen mit niedrigem Einkommen so lange entlastet, bis genügend leistbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Das Geld dafür ist da. **Dem Gerede davon, dass man für die Menschen da sein will, die morgens früh aufstehen und arbeiten, müssen endlich Taten folgen**. Von einem größeren Abstand zwischen Mindestsicherung und Niedriglöhnen, der durch Kürzungen der Mindestsicherung hergestellt wird, haben diese Menschen überhaupt nichts!“ Die **Armutskonferenz** wird angesichts der Tatenlosigkeit der Landesregierung in Kürze ein **eigenes Modell zur Wohnbeihilfe** vorlegen.

Bregenz, den 19.06.2017

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Diettrich (Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz)
c/o dowas, Merbodgasse 10, 6900 Bregenz, Tel 0650 92 36 922

² IIBW, Wohnbauförderung in Österreich 2015, S. 22

Landesbudget, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe und Mindestsicherung 1998 bis 2016

	Landesbudget	Soziale Wohlfahrt & Wohnbauförderung im Landesbudget	Anteil Soz. Wohlfahrt & WBF am Landesbudget	Soz. Wohlfahrt & WBF zu Preisen von 2006 (inflationsbereinigt mit HVPI)	Teilbereich Soziale Wohlfahrt im Landesbudget	Teilbereich Wohnbauförderung im Landesbudget	Einzelleistung Wohnbeihilfe insgesamt (Landesbudget & Wohnbaufonds)	Einzelleistung Sozialhilfe/Mindestsicherung insgesamt (Sozialfonds)
Jahr	Mio. €	Mio. €	in %	Index: 2006=100	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1998	958,5	€ 210,5	22,0%		€ 80,7	€ 143,00	nicht recherierbar	€ 6,3
1999	973,2	€ 221,0	22,7%		€ 80,2	€ 140,80	nicht recherierbar	€ 6,1
2000	1.015,0	€ 226,6	22,3%		€ 84,3	€ 142,30	nicht recherierbar	€ 5,6
2001	952,0	€ 232,6	24,4%		€ 80,5	€ 152,10	nicht recherierbar	€ 5,5
2002	1.049,2	€ 209,0	19,9%		€ 83,9	€ 125,10	nicht recherierbar	€ 6,4
2003	1.069,6	€ 214,9	20,1%		€ 82,3	€ 132,60	nicht recherierbar	€ 7,1
2004	1.104,6	€ 227,3	20,6%		€ 87,6	€ 139,70	€ 12,8	€ 8,0
2005	1.156,3	€ 236,6	20,5%		€ 99,6	€ 136,99	€ 13,5	€ 9,6
2006	1.228,2	€ 270,1	22,0%	100,0	€ 125,6	€ 144,17	€ 14,0	€ 10,8
2007	1.240,1	€ 259,8	20,9%	94,0	€ 116,2	€ 143,60	€ 15,6	€ 12,8
2008	1.298,6	€ 244,2	18,8%	85,3	€ 122,0	€ 122,20	€ 18,6	€ 14,4
2009	1.336,6	€ 283,7	21,2%	98,8	€ 134,1	€ 149,60	€ 24,7	€ 16,8
2010	1.343,6	€ 294,1	21,9%	100,7	€ 141,1	€ 153,00	€ 28,3	€ 18,1
2011	1.415,2	€ 330,8	23,4%	109,7	€ 151,9	€ 178,90	€ 27,3	€ 18,4
2012	1.481,3	€ 351,7	23,7%	113,7	€ 139,5	€ 212,17	€ 26,5	€ 19,7
2013	1.541,5	€ 323,3	21,0%	102,7	€ 151,5	€ 171,79	€ 26,7	€ 21,7
2014	1.607,0	€ 305,5	19,0%	95,0	€ 165,4	€ 140,10	€ 28,4	€ 25,0
2015	1.679,3	€ 331,0	19,7%	102,2	€ 178,9	€ 152,10	€ 30,1	€ 30,8
2016	1.730,1	€ 323,5	19,3%	98,8	€ 191,2	€ 132,20	€ 29,5	€ 38,5

Quelle: Rechnungsabschlüsse der Landesregierung

rote Markierungen: Im Presstext erwähnte Daten

BREGENZ

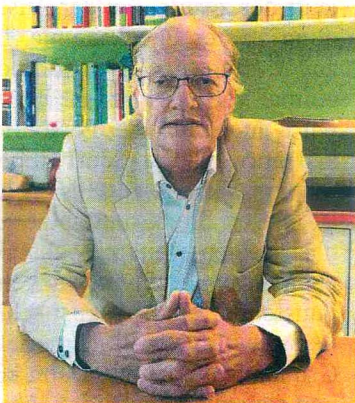
Sozialausgaben laut Armutskonferenz gesunken

Michael Diettrich, Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, fordert eine Ausweitung der Wohnbeihilfe.

Die Vorarlberger Armutskonferenz hat laut einer Aussendung den Rechnungsabschluss 2016 der Landesregierung eingehend analysiert und mit den Zahlen der Vorjahre verglichen. Dabei kommt sie zum Ergebnis, dass die Aussage der Verantwortlichen der Landesregierung falsch sei, nach der die Ausgaben „im Sozialen (inklusive Wohnbauförderung)“ zu „jenen Bereichen, die die höchste Ausgabedynamik zu verzeichnen haben“ gehörten.

Bei den Ausgaben für „Soziales (inklusive Wohnbauförderung)“ sei 2016 nicht nur der Haushaltsvoranschlag um 16,5 Millionen Euro unterschritten worden. Sie lägen zudem 7,5 Millionen Euro unter den Ausgaben des Vorjahres, sagt der Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, Dowa-Geschäftsführer Michael Diettrich. Fakt sei, dass die Sozialausgaben 2016 inflationsbereinigt exakt auf dem gleichen Niveau waren wie 2009 und leicht unter dem von 2006.

Steigerungen in den Bereichen soziale Wohlfahrt, Sozialfonds und Mindestsicherung seien durch Einsparungen bei der Wohnbauförderung ausgeglichen worden: 2016 lagen die Ausgaben des Landes für Wohnbauförderung laut Diettrich in etwa auf dem gleichen Niveau wie 2003 – ohne Berücksichtigung der Inflation. Nicht nachzuvollziehen sei daher auch, dass die Wohn-



Sprecher der Armutskonferenz: Michael Diettrich. ROLAND PAULITSCH

bauförderung im Landeshaushalt seit Jahren mehr Einnahmen als Ausgaben aufweist.

2015 habe der Überschuss knapp 37 Millionen betragen, im Vorjahr sogar gut 44 Millionen Euro. Die Landes-Wohnbauförderung finanziere sich seit dem Wegfall der Zweckbindung der Wohnbaufördermittel des Bundes ausschließlich aus zurückfließenden Förderdarlehen. Die nicht mehr zweckgebundenen Bundesmittel in Höhe von 30 bis 35 Millionen würden hingegen an anderer Stelle im Budget als Ertragsanteile verbucht und nicht mehr der Wohnbauförderung zugeordnet.

Das sei zwar rechtlich nicht zu beanstanden, sagt Diettrich, aber bedeute das, dass das Land im Wohnbau im Vorjahr 75 bis 80 Millionen Euro mehr eingenommen als ausgegeben habe. Der Armutskonferenz sei bekannt, dass es weitere rund 40 Millionen Euro ursprünglich zweckgebundener Mittel gebe. Das würde bedeuten, dass 2016 ein Einnahmeüberschuss des Landes im Bereich des Wohnbaus von weit über 100 Millionen Euro bestanden hätte, der nicht in die Wohnbauförderung zurückgeflossen ist, kritisiert Diettrich.

Daher halten es die Mitglieder der Vorarlberger Armutskonferenz „für einen Skandal, dass nun aus Mitteln der Wohnbauförderung die Kapitalaufstockung der Hypo-Bank Vorarlberg in Höhe von 100 Millionen Euro finanziert werden soll“. „Wir verlangen stattdessen eine Kapitalaufstockung für Haushalte mit niedrigem Einkommen“, fordert deren Sprecher und: „Wenn die Landesregierung schon bei der Schaffung leistbaren Wohnraumes versagt hat, ist eine deutliche Erhöhung der Wohnbeihilfe das Mindeste, was man erwarten kann.“

Die Mitglieder der Armutskonferenz wollen in Kürze ein eigenes Modell zur Wohnbeihilfe vorlegen.

Harte Kritik an Landesfinanzen

BREGENZ. Die Vorarlberger Armutskonferenz übt an Zahlen im Rechnungsabschluss 2016 des Landes Kritik. Eine Analyse des Abschlusses habe ergeben, dass die Darstellung der Regierung, wonach die Ausgaben im Sozialen inklusive Wohnbauförderung zu den Bereichen mit der höchsten Ausgabendynamik zähle, falsch ist, heißt es in einem Schreiben. Inflationsbereinigt seien die Sozialausgaben 2016 exakt auf dem Niveau von 2009 gelegen. /A6

Schelte für die Landesfinanzen

Hart ins Gericht geht die Armutskonferenz mit dem Landesrechnungsabschluss 2016.

TONY WALSER

E-Mail: tony.walser@vn.at

Telefon: 05572/501-223

BREGENZ. Vorarlbergs Armutskonferenz hat den Rechnungsabschluss 2016 des Landes unter die Lupe genommen und mit den Zahlen der Vorjahre verglichen. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass das Land mit seiner Darstellung, wonach im Sozialen inklusive Wohnbauförderung die höchste Ausgabendynamik verzeichnet wurde, daneben liegt. Laut Michael Diettrich (62), Sprecher der Armutskonferenz, wurde im Vorjahr nicht nur der Haushaltsvoranschlag um 16,5 Millionen Euro unterschritten. „Sie lagen zudem 7,5 Millionen Euro unter den Ausgaben des Vorjahres.“ Aus seiner Sicht handle es sich dabei um kei-

nen Ausnahmefall. „In den Jahren seit 2007 gab es nur fünf Jahre, in denen die Ausgaben dieses Budgetpostens nicht gesunken sind: 2015, wo eine starke Flüchtlingszuwanderung zu verzeichnen war, und die Jahre 2008



Das Geld für eine deutliche Erhöhung der Wohnbeihilfe ist da.

MICHAEL DIETRICH, DOWAS

bis 2012, in denen das Land als Gegenmaßnahme gegen die wirtschaftlichen Folgen des Finanzcrashs 2008 ein Konjunkturprogramm auflegte und mit Geldern aus der Wohnbauförderung unter Aufhebung sämtlicher Einkommensgrenzen Wohnhaussanierungen förderte.“

Unseriöse Darstellungen?

Dagegen sei grundsätzlich nichts einzuwenden, meint Diettrich. „Aber wenn man schon von Dynamik der Sozialausgaben spricht, sollte man seriöserweise auch darauf hinweisen, dass die größte festzustellende Dynamik aus einer Wirtschaftsförderung resultiert.“ Fakt sei, dass die Sozialausgaben 2016 inflationsbereinigt auf dem gleichen Niveau waren wie 2009. Wörtlich als „völligen Unsinn“ bezeichnet der Sprecher auch die ständig wiederkehrende Behauptung, die Ausgaben im Sozialen inklusive Wohnbauförderung würden einen stets steigenden Anteil am Gesamtbudget des

Landes einnehmen. „In den letzten drei Jahren lag dieser Anteil so niedrig wie selten seit 1998. Nur im Jahr 2008 war er noch niedriger.“ Aus seiner Sicht „hat es eindeutig budgetäre Umschichtungen gegeben, die mit einer fatalen Vernachlässigung der Wohnbauförderung einhergingen.“ Man könne an diesen Zahlen die falsche Schwerpunktsetzung in der Wohnbaupolitik ablesen, „insbesondere die Vernachlässigung des gemeinnützigen, leistbaren Wohnbaus“.

Klare Forderung ans Land

„Das Resultat sind um sich greifende Wohnungsnot, für Menschen mit geringem Einkommen nicht mehr bezahlbare Mieten und gestiegene Ausgaben im Bereich der sozialen Wohlfahrt: So führten die hohen Mieten direkt zu Kostensteigerungen beim Wohnbedarf in der Mindestsicherung.“ Nicht nachzuvollziehen sei diese Politik vor dem Hintergrund, „dass der Posten Wohnbauförde-

rung im Landeshaushalt seit Jahren mehr Einnahmen als Ausgaben aufweist“. Aus diesen Gründen halte es die Armutskonferenz für einen Skandal, dass aus Mitteln der Wohnbauförderung die Kapitalaufstockung der Hypo-Bank Vorarlberg mit 100 Millionen Euro finanziert werden soll. „Wir verlangen stattdessen eine Kapitalaufstockung für Haushalte mit niedrigem Einkommen. Wenn das Land schon bei der Schaffung leistbaren Wohnraums versagt hat, ist eine deutliche Erhöhung der Wohnbeihilfe das Mindeste. Damit würden Menschen mit niedrigem Einkommen so lange entlastet, bis genügend leistbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Das Geld dafür ist da. Dem Gerede davon, dass man für die Menschen da sein will, die früh aufstehen und arbeiten, müssen endlich Taten folgen.“

vn.at/mehrwissen

Armutskonferenz.
PDF zum Download:
<http://VN.AT/subXyH>



Sozialkosten laut Armutskonferenz gesunken

Der Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, Michael Diettrich, übt scharfe Kritik an den Aussagen der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss 2016. Die Behauptung, der Sozialbereich würde zunehmend mehr kosten, sei schlichtweg falsch.

Der Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz fährt scharfe Geschütze auf: Laut Diettrich ist die Feststellung der Landesregierung schlichtweg falsch, dass der Bereich Soziales inklusive Wohnbauförderung die höchste Ausgabendynamik verzeichne. Bei den Ausgaben für „Soziales (inkl. Wohnbauförderung)“ wurde 2016 nicht nur der Haushaltsvoranschlag um 16,5 Mio. Euro unterschritten. Sie lagen zudem 7,5 Mio. Euro unter den Ausgaben des Vorjahres und das sei auch kein Ausnahmefall, sagt Diettrich.

Nicht von der Hand zu weisen, seien die teils starken Zuwächse im Teilbereich Soziale Wohlfahrt (2016: 191 Mio. Euro), im Sozialfonds (einschl. Gemeinde- und Bundesanteil 2016: 350,4 Mio. Euro) und der Mindestsicherung (2016: 38,5 Mio. Euro). Diese hätten aber nichts mit der Flüchtlingszuwanderung zu tun, so Diettrich, sondern mit der schlechten Entwicklung nach der Finanzkrise.

tabelle sozialausgaben
PDF
<http://files2.orf.at/vietnam2/files/vbg/201725/tab2016_529589.pdf> (198.3 kB)
Tabelle Sozialausgaben von 1989 bis 2016

Einsparungen bei der Wohnbauförderung

Ausgeglichen wurden diese Steigerungen durch Einsparungen bei der Wohnbauförderung: 2016 lagen die Ausgaben des Landes für Wohnbauförderung (132,2 Mio.) laut Diettrich etwa auf dem gleichen Niveau wie 2003 – ohne Berücksichtigung der Inflation.

Kaum Zuwachs bei der Wohnbeihilfe

Neben Einsparungen in der Wohnbauförderung verzeichnet laut Diettrich auch die Wohnbeihilfe für Menschen mit niedrigem Einkommen seit Jahren kaum noch Zuwachs. Beides führe zu einer immer stärker um sich greifenden Wohnungsnot generell und zu immer mehr unleistbarem Wohnraum für armutsgefährdete Menschen. Und das, obwohl das Land bei der Wohnbauförderung seit Jahren mehr Einnahmen als Ausgaben verbuche.

Link:

- **Land löste 7,3 Mio. Euro an Rücklagen auf** <<http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2847546/>> (vorarlberg.ORF.at; 6.6.2017)

Publiziert am 20.06.2017

Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.

- nicht mit Facebook verbunden Social-Media-Dienste aktivieren



- nicht mit Twitter verbunden



- nicht mit Google+ verbunden



- **Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.** <<http://orf.at/stories/socialmedia>>



45 Jahre NEUE -
Bewegt in die Zukunft

Journal

» jetzt online lesen!

VOL.AT Vorarlberg Vorarlberg: Sozialkosten laut Armutskonferenz gesunken

Vorarlberg: Sozialkosten laut Armutskonferenz gesunken

20. Juni 2017 09:39

11
Kommentare



Laut der Vorarlberger Armutskonferenz sind die Sozialausgaben, entgegen den Aussagen der Landesregierung, im Jahr 2016 gesunken. - © VN/Paulitsch

Scharfe Kritik übt der Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, Michael Diettrich, an der Interpretation der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss 2016. Aussagen, wonach der Sozialbereich zunehmend mehr kosten würde, seien schlichtweg falsch.

teilen senden twittern senden

Die Vorarlberger Armutskonferenz hat den Rechnungsabschluss 2016 der Landesregierung eingehend analysiert und mit den Zahlen der Vorjahre verglichen. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Aussage der Landesregierung, dass der Bereich Soziales inklusive Wohnbauförderung die höchste Ausgabendynamik verzeichne, schlichtweg falsch sei. Bei den Ausgaben für „Soziales (inkl. Wohnbauförderung)“ wurde nicht nur der Haushaltsvoranschlag um 16,5 Millionen Euro unterschritten, sie lagen sogar 7,5 Millionen Euro unter den Ausgaben des Vorjahres. Und das sei keine Ausnahme, so Diettrich weiter.

Anteil der Sozialausgaben am Gesamtbudget immer niedriger

Fakt sei, so Diettrich, dass die Sozialausgaben des Jahres 2016 inflationsbereinigt exakt auf dem gleichen Niveau waren wie 2009 und sogar leicht unter dem von 2006. Als völligen Unsinn bezeichnet der Sprecher der Armutskonferenz auch die ständig wiederkehrende Behauptung, die Ausgaben im „Sozialen (inkl. Wohnbauförderung)“ nähmen einen stetig wachsenden Anteil am Gesamtbudget des Landes ein. In den letzten drei Jahren lag dieser Anteil so niedrig wie selten seit 1998. Nur im Jahr 2008 war er noch niedriger.



DI 30°C MI 29°C DO 30°C FR 30°C

WERBUNG



5 Faktoren, die M2M-Projekte zum Erfolg führen

JETZT MEISTGELESEN AUF VOL.AT

- 1 US-Mormonenkirche: Mikro während Outing-Rede einer 12-Jährigen
- 2 Fischer ziehen 2 Meter-Wels aus dem Bodensee | VOL.AT
- 3 Vorarlberg: Tödlicher Arbeitsunfall auf Baustelle in Hirschau
- 4 Vorarlberg/Vandans: Zehn Jahre Haft für versuchten Mord
- 5 "PEAK Bergcheck": Das sollten Sie beim Wandern beachten
- 6 Dornbirn: Bub (6) auf Schutzweg angefahren
- 7 Wow! Sarah Lombardi zeigt ihren Knack-Po
- 8 Ampeln in Bregenz reihenweise ausgefallen
- 9 Von Nordkorea freigelassener US-Student gestorben | VOL.AT
- 10 Painliche Pinkel-Panne beim Posing mit Löwen

MEHR AUF VOL.AT

VORARLBERG



"PEAK Bergcheck": Das sollten Sie beim Wandern beachten

VORARLBERG

Landesbudget, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe und Mindestsicherung 1998 bis 2016

Jahr	Landesbudget	Soziale Wohlfahrt & Wohnbauförderung im Landesbudget	Anteil Soz. Wohlfahrt & WBF am Landesbudget	Soz. Wohlfahrt & WBF zu Preisen von 2006 (inflationsbereinigt mit HVPI)	Teilbereich Soziale Wohlfahrt im Landesbudget	Teilbereich Wohnbauförderung im Landesbudget	Einzeleistung Wohnbeihilfe insgesamt (Landesbudget & Wohnbaufonds)	Einzeleistung Sozialhilfe/Mindestsicherung insgesamt (Sozialfonds)
	Mio. €	Mio. €	in %	Index: 2006=100	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1998	958,5	€ 210,5	22,0%		€ 80,7	€ 143,00	nicht recherchierbar	€ 6,3
1999	973,2	€ 221,0	22,7%		€ 80,2	€ 140,80	nicht recherchierbar	€ 6,1
2000	1.015,0	€ 226,6	22,3%		€ 84,3	€ 142,30	nicht recherchierbar	€ 5,6
2001	952,0	€ 232,6	24,4%		€ 80,5	€ 152,10	nicht recherchierbar	€ 5,5
2002	1.049,2	€ 209,0	19,9%		€ 83,9	€ 125,10	nicht recherchierbar	€ 6,4
2003	1.069,6	€ 214,9	20,1%		€ 82,3	€ 137,60	nicht recherchierbar	€ 7,1
2004	1.104,6	€ 227,3	20,6%		€ 87,6	€ 139,70		€ 8,0
2005	1.156,3	€ 236,6	20,5%		€ 99,6	€ 136,95	€ 13,5	€ 9,6
2006	1.228,2	€ 270,1	22,0%	100,0	€ 125,6	€ 144,17	€ 14,0	€ 10,8
2007	1.240,1	€ 259,8	20,9%	94,0	€ 116,2	€ 143,66	€ 15,6	€ 12,8
2008	1.298,0	€ 244,2	18,8%	85,3	€ 122,0	€ 122,20	€ 18,6	€ 14,4
2009	1.336,6	€ 283,7	21,2%	98,8	€ 134,1	€ 149,60	€ 24,7	€ 16,8
2010	1.343,6	€ 294,1	21,9%	100,7	€ 141,1	€ 153,00	€ 28,3	€ 18,1
2011	1.415,2	€ 330,8	23,4%	109,7	€ 151,9	€ 178,90	€ 27,3	€ 18,4
2012	1.481,3	€ 351,7	23,7%	113,7	€ 139,5	€ 212,17	€ 26,5	€ 19,7
2013	1.541,5	€ 323,3	21,0%	102,7	€ 151,5	€ 171,79	€ 26,7	€ 21,7
2014	1.607,0	€ 305,5	19,0%	95,0	€ 165,4	€ 140,10	€ 28,4	€ 25,0
2015	1.679,3	€ 331,0	19,7%	102,2	€ 178,9	€ 152,10	€ 30,1	€ 30,8
2016	1.730,1	€ 323,5	19,3%	98,8	€ 191,2	€ 132,20	€ 29,5	€ 38,5

Vorarlberger Armutskonferenz ©

Die teils starken Zuwächse im Teilbereich Soziale Wohlfahrt (2016: 191 Mio. Euro), im Sozialfonds (einschl. Gemeinde- und Bundesanteil 2016: 350,4 Mio. Euro) und der Mindestsicherung (2016: 38,5 Mio. Euro), die nicht von der Hand zu weisen seien, ließen sich nur bedingt mit der Flüchtlingszuwanderung erklären. Vielmehr zeige die Gesamtschau, so Diettrich, einen deutlichen Zusammenhang mit der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung nach der Finanzkrise.

Einsparungen bei Wohnbauförderung und Wohnbeihilfe

Ausgeglichen würden diese Steigerungen jedoch durch Einsparungen bei der Wohnbauförderung. Hier lagen die Ausgaben des Landes im Jahr 2016 etwa auf dem Niveau wie 2003 und das ohne die Inflation zu berücksichtigen.

Neben der Wohnbauförderung verzeichne auch die Wohnbeihilfe für Menschen mit niedrigem Einkommen seit Jahren kaum noch Zuwachs. Beide Faktoren zusammen führten laut Diettrich zu einer immer akuterer Wohnungsnot in Vorarlberg generell und zu immer weniger leistbarem Wohnraum für armutsgefährdete Menschen. Und das, obwohl das Land bei der Wohnbauförderung seit Jahren mehr Einnahmen als Ausgaben verbuche.

(red)

[Zurück zur STARTSEITE](#)

LESERREPORTER [Bild an VOL.AT schicken](#)

teilen

senden

twittern

senden

VOL.AT FRÜHSTART - DIE KOMPAKTE INFORMATION ZUM TAG

E-Mail Adresse

[Jetzt kostenlos anmelden](#)

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN



Wallner in Stuttgart: Landeshauptmann trifft Ministerpräsidenten

GAISSAU



Vorarlberg: Diebstahlserie in Gaißau geklärt

Ab in den Urlaub!

Reiseziel / Hotelname:

z.B. Stadt, Region, Stadtteil oder bestimm...

Check-in-Datum

20 Jun '17

Check-out-Datum

21 Jun '17

Booking.com

Suche

WERBUNG

TODES-ANZEIGEN

	Udo Tittler Lauterach	44
	André Zipper Götzis	88
	Anton Haller Langen bei Bregenz	71
	Nico Neville Ludesch	194
	Otto Neyer Lustenau	67



Digital Business & Banking

VN-Extra

» jetzt online lesen!

VOL.AT Vorarlberg SPÖ-Chef Ritsch stimmt Armutskonferenz zu

SPÖ-Chef Ritsch stimmt Armutskonferenz zu

20. Juni 2017 13:27

3
Kommentare



SPÖ-Chef Ritsch plichtet der Vorarlberger Armutskonferenz bei. - © VN/Hartinger

Laut SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch habe die Armutskonferenz mit ihrer Kritik an Auslegung des Rechnungsabschlusses 2016 der Landesregierung durchaus Recht. Die Sozialausgaben würden nur in Teilbereichen stärker steigen, in der Gesamtschau sei jedoch keine Steigerung zu erkennen.

[Sozialkosten laut Armutskonferenz gesunken](#)

teilen senden twittern senden

„Zugegeben – in einigen wenigen Bereichen steigen die Sozialausgaben stärker. Betrachtet man aber die Entwicklung des Budgets zu den Sozialausgaben insgesamt, so ist keine Steigerung im Gesamten auszumachen“, unterstützt SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch die [Aussagen der Vorarlberger Armutskonferenz](#).

Deshalb müsse die Vorarlberger Landesregierung nicht in Panik verfallen und diese auch noch an die Öffentlichkeit tragen. Michael Ritsch dazu: „Hier wird unterschwellig das Flüchtlingsthema gespielt, ohne es wirklich auszusprechen. Dass die Grünen bei diesem Spiel mitmachen, ist besonders ärgerlich.“

Ausgabensteigerung entspricht Steigerung der Lebenshaltungskosten

Vor diesem Hintergrund erwähnt der SPÖ-Clubobmann, dass die Ausgaben für Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung von 2001 bis 2016 von 232 Millionen Euro auf 323 Millionen Euro stiegen. Dies entspricht in etwa der Steigerung des Lebenshaltungskostenindex. Vergessen werden dürfe auch nicht, dass die Steigerung der Ertragsanteile des Bundes, also direkten Überweisungen vom Bund ins Land, im Vergleichszeitraum fast exakt 100 % ausgemacht haben. In absoluten Zahlen stiegen die Ertragsanteile von 2001 in der Höhe von ca. 350 Millionen Euro auf fast 720 Millionen Euro im Jahr 2016.

DI 30°C MI 29°C DO 30°C FR 30°C

INTER ACTIVE WEST



Creative Director bei Edenspielermann Berlin

CHRISTIAN HANKE

UX Design im digitalen Zeitalter <<<

Jetzt letzte Tickets sichern <<<

JETZT MEISTGELESEN AUF VOL.AT

- 1 US-Mormonenkirche: Mikro während Outing-Rede einer 12-Jährigen
- 2 Fischer ziehen 2 Meter-Wels aus dem Bodensee | VOL.AT
- 3 Vorarlberg: Tödlicher Arbeitsunfall auf Baustelle in Hirschau
- 4 Vorarlberg/Vandans: Zehn Jahre Haft für versuchten Mord
- 5 Peinliche Pinkel-Panne beim Posing mit Löwen | VOL.AT
- 6 "PEAK Bergcheck": Das sollten Sie beim Wandern beachten
- 7 Dornbirn: Bub (6) auf Schutzweg angefahren
- 8 Vorarlberg: Achtjähriger bei Verkehrsunfall in Mittelberg schwer
- 9 Wow! Sarah Lombardi zeigt ihren Knack-Po
- 10 Flüchtlingskrise: Wer entscheidet, wem in Österreich Asyl gewährt wird?

MEHR AUF VOL.AT

VORARLBERG



"PEAK Bergcheck": Das sollten Sie beim Wandern beachten

VORARLBERG

die Zahlen wieder deutlich sinken. Das heißt, mindestens 1.000 gemeinnützige Wohnungen pro Jahr, die auch leistbar sind. Damit wären die Betroffenen nicht mit Mindestsicherung und Wohnbeihilfe konfrontiert“, schließt der SPÖ-Clubobmann.

(red)

Zurück zur STARTSEITE

Sozialkosten laut Armutskonferenz gesunken

LESERREPORTER Bild an VOL.AT schicken

teilen

senden

twittern

senden

VOL.AT FRÜHSTART - DIE KOMPAKTE INFORMATION ZUM TAG

E-Mail Adresse

Jetzt kostenlos anmelden

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN

VORARLBERG

Scharfe Kritik übt der Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz...

120.000€ IN 7 TAGEN

Immer mehr Österreicher werden super reich mit dieser einfachen...

ANZEIGE

VORARLBERG SPORT

Die 167 größten österreichischen Kunstturn-Talente aus allen neun...

GEHEIMTIPP: BRILLENKAUF

So können Sie 65% bei Ihrer nächsten Gleitsichtbrille sparen.

ANZEIGE

VORARLBERG

Bei den Sozialkosten hat das Land Vorarlberg 2016 eine...

GÜNSTIGE EUROPA-FLÜGE!

Mit Eurowings zu den schönsten Stadt- und Strandzielen schon ab...

ANZEIGE

LIGATUS

Aktuelle News r Gebrauchtwagen im Verkehr... +++ 20.06.17 - FIRI - Zertifikate feierlich ü... +++ 20.06.17

3 KOMMENTARE

filtern nach alle Kommentare anzeigen

Schreibe einen Beitrag

noch 1000 Zeichen

Benachrichtigung bei neuen Antworten auf meinen Kommentar

Abschicken



gunvald

vor 42 Min.

melden verfasste Kommentare kommentierte Artikel

Gits dean ono?

Antwort an Gunvald

- 0

+ 4



climbmt

vor 5 Std.

melden verfasste Kommentare kommentierte Artikel

Search bar with magnifying glass icon



Wallner in Stuttgart: Landeshauptmann trifft Ministerpräsidenten

GAISSAU



Vorarlberg: Diebstahlserei in Gaißau geklärt

Ab in den Urlaub!

Reiseziel / Hotelname:

z.B. Stadt, Region, Stadtteil oder bestimm...

Check-in-Datum

20 Jun '17

Check-out-Datum

21 Jun '17

Booking.com

Suche

WERBUNG

TODES-ANZEIGEN

	Udo Tittler Lauterach	44
	André Zipper Götzis	88
	Anton Haller Langen bei Bregenz	71
	Nico Neville Ludesch	194
	Otto Neyer Lustenau	67

Sprecher der Armutskonferenz agiert mit Taschenspielertricks



Die vom Sprecher der Armutskonferenz, Michael Diettrich präsentierte Rechnung bezüglich der Sozialausgaben des Landes hat aus Sicht von VP-Sozialsprecher Matthias Kucera die Qualität eines schlechten Taschenspielers: „Nur weil die Wohnbauförderung in einer Gruppe mit den Sozialausgaben geführt wird, berechtigt dies Herrn Diettrich noch lange nicht, diese Ein- und Ausgaben einfach zu den Aufwendungen für soziale Agenden hinzuzurechnen. Herr Diettrich weiß haargenau, dass die soziale Unterstützungsleistung des Landes beim Thema Wohnen ausschließlich die Wohnbeihilfe ist. Da gibt es allerdings keine Rückflüsse, die Herr Diettrich für seine Milchmädchenrechnung benötigt!“

Aufwendungen für Flüchtlinge als Investition betrachten

Für Kucera sollte eigentlich außer Zweifel stehen, dass die Ausgaben im Bereich der sozialen Wohlfahrt in den letzten Jahren einer beträchtlichen Dynamik unterliegen: „Allein der Teilbereich „Soziale Wohlfahrt“ ist im Landesbudget von 2012 auf 2016 von 139 auf 191 Millionen Euro gestiegen. Die Aufwendungen für die Mindestsicherung sind allein von 2015 auf 2016 von 30,8 auf 38,5 Millionen Euro gestiegen. So viel zu den nüchternen Zahlen“. Der Sozialsprecher der Vorarlberger Volkspartei würde sich wünschen, dass der Sprecher der Armutskonferenz diese Fakten aus einer anderen Perspektive betrachtet: „Es war uns klar, dass mit den Flüchtlingen beträchtliche Kosten verbunden sind. Man kann diese Kosten aber auch als Investition in die Talente dieser Menschen betrachten. Umso wichtiger ist es nun, dass sie rasch am Arbeitsmarkt Fuß fassen und damit nicht mehr ausschließlich auf die Zuwendungen der Öffentlichen Hand angewiesen sind“, so Kucera abschließend.

Like 0

Termine

20 - 20
JUN - JUN
SPRECHSTUNDE MIT
LANDTAGSPRÄSIDENT HARALD
SONDEREGGER
Jun 20, 2017 - 17:00 PM - Jun 20, 2017 - 18:00
PM Haus Nofels - Feldkirch

20 - 20
JUN - JUN
ABGEORDNETEN STAMMTISCH IN
DAMÜLS
Jun 20, 2017 - 20:00 PM - Jun 20, 2017 - 23:00
PM Damülser Hof

03 - 03
JUL - JUL
ABGEORDNETEN STAMMTISCH IN
LANGENEGG
Jul 03, 2017 - 20:00 PM - Jul 03, 2017 - 22:00
PM Hotel Krone Langenegg, Langenegg,
Austria

07 - 07
JUL - JUL
JUBILÄUM - 70 JAHRE GUTA
BREGENZ
Jul 07, 2017 - 17:30 PM - Jul 07, 2017 - 23:59
PM

Newsletter

Newsletter

Anmelden